

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1925**

153 (29.12.1925)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-880927](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-880927)

# Nachrichten

## für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: H. Zirt. Druck und Verlag von E. Zirt.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Nummer Nr. 90.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1,10 R.-M. ausschließlich Postgebühren.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15  $\text{H}$ , Familienanzeigen 10  $\text{H}$ , auswärts 20  $\text{H}$ , Reklamazeile 50  $\text{H}$ . Schließjahr 10.

Nr. 153.

Elsfleth, Dienstag, den 29. Dezember

1925.

### Tages-Beiger.

(29. Dezember.)

⊙-Aufgang: 8 Uhr 14 Min.

⊙-Untergang: 3 Uhr 51 Min.

Schneewasser:

2 Uhr 05 Min. Vorm. — 2 Uhr 26 Min. Abm.

### Chronik des Tages.

Der Reichstanzler und der Reichsaußenminister verabschiedeten die Weihnachtstage in Berlin.

Die französische Parlamentsession wurde am zweiten Weihnachtstage geschlossen.

Das Reichsarbeitsministerium hat Vorschläge für Notstandsmaßnahmen ausgearbeitet.

In Frankreich richteten heftige Stürme große Verheerungen an. Nach der neuesten Zählung beträgt die Einwohnerzahl von New York 5 873 353.

### Zum Jahreswechsel.

Das Jahr 1925 ist ein Jahr der Aufregungen und Kämpfe gewesen. Jetzt, wo es zu Ende geht, erkennt man wohl überall an, daß es hohe Zeit war, von dem sehr gefährlichen Wege des Egoismus und der politischen Diktatur abzulenken, wenn nicht eine Katastrophe über ganz Europa hereinbrechen sollte. Der wirtschaftliche Grund, der sich aufgetan hatte, hat sich noch nicht geschlossen, und es ist dringend erforderlich, daß im kommenden Jahre durch weitere Taten des Friedens eine fortschreitende Besserung erzielt werden möge. Der größte Teil von Europa rückt nun die Wiederherstellung seiner Wirtschaft.

Der Beginn des alten Jahres war im deutschen Reich mit sehr lebhaften inneren und auswärtigen Auseinandersetzungen verbunden. In die Stelle des Reichskabinetts Marx trat das Ministerium Lütjke, in Preußen dauerte es noch eine ganze Zeit, bis nach erregten parlamentarischen Ausprüchen endlich das Ministerium Braun-Severing wieder festen Fuß fassen konnte. Eine Abwägung der Parteigegegensätze von rechts nach links war noch nicht zu verzeichnen, und sie machten sich auch besonders wieder geltend, als Ende Februar der Reichspräsident Friedrich Ebert nach kurzem Krankenlager entfiel, und nun die Agitation für die Neuwahl eines Reichsoberhauptes einsetzte, die jetzt zum ersten Male vom ganzen Volke vorgenommen werden mußte. Dem verstorbenen Reichspräsidenten, der in Heidelberg, seiner Heimatstadt, beigesetzt wurde, hatte es an Ehrungen nicht gefehlt. Im ersten Wahlgang für seinen Nachfolger land der Oberbürgermeister Dr. Jarres aus Duisburg im Vorbergrunde der Kandidaten, erhielt aber nicht die erforderliche Mehrheit, und so wurde ein zweiter Wahlgang erforderlich, aus dem der Feldmarschall von Hindenburg als Sieger hervorging. Er wurde in der Reichshauptstadt, wie bei seinen Verdiensten in den verschiedenen Reichsgebieten, besonders auch im Westen nach dem Abmarsch der Besatzungstruppen, sehr herzlich begrüßt. Die Hauptaufgabe des Reichsministeriums Lütjke, die im Juli gelöst wurde, war die Durchbringung der Steuerreform, des neuen Notarstatuts und der Aufwertung in der Volkswirtschaft, die nach erlitterten Rückschlägen gelang, wozu der Reichspräsident am 16. Juni durch seine Unterschrift die angenommenen Gesetzesentwürfe vollzog.

Am 10. Januar 1925 war der Termin fällig gewesen, an dem nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Berliner Zone von den fremden Truppen zu räumen war. Nachdem sich Deutschland und die Entente in den Damesverhandlungen von London näher gekommen waren, wurde diese Freigabe erwartet. Die Hoffnung erfüllte sich aber nicht, da aus Paris der Einwand geltend gemacht wurde, wir hätten die Bedingungen der Entsaftung nicht vollständig erfüllt. Nach nochmaligen Warten wurden dann endlich die neuen Forderungen der Versailler Militärkommission bekannt gegeben, die recht weitgehend waren, und erneute Verhandlungen veranlassend waren, und erneute Verhandlungen veranlassend waren, die erst im Herbst zum Abschluß kamen. Daran hat dann im Dezember die Klammung von Köln begonnen, nachdem die des Ruhrgebietes laut den Verprechungen von London schon im Sommer stattgefunden hätte.

Ueber den Abbruch eines Sicherheitspaktes über den es schon im September 1924 im Völkerbund an fruchtlosen Verhandlungen gekommen war, fanden im letzten Frühjahr in Genf erneute Beratungen zweifelhafte Natur zwischen Briand und Chamberlain statt, die in London scharfe Proteste hervorriefen. Von der deutschen Reichsregierung gingen die Vorschläge für einen Pakt aus, bei dem man aus dem Vordereichen phantastischer Theorien auf den Boden praktischer Wirksamkeit treten konnte. Da hierbei auch die Frage des deutschen Eintritts in den Völkerbund mit ins Spiel kam, gab es wiederholten Notenwechsel und Verhandlungen, bis man sich endlich auf die Kon-

ferenz von Locarno einigte. Was dort beschlossen wurde, ist von Chamberlain als die erste Etappe auf dem Wege zum vollen Anstieg bezeichnet worden, und Dr. Lütjke hat vor der Unterzeichnung energisch darauf hingewiesen, daß Deutschland sich seine weiteren Wirtschaftsrückstände vorbehalten müsse. Frankreich machte Einwendungen, aber da seine Schuldverhandlungen mit Amerika noch jagenden, da Frankreich ferner Kolonialkriege in Afrika und Asien hat, und infolge seiner Steuerministerien im letzten Jahre nicht weniger als vier Ministerien und fünf verschiedene Finanzminister gehabt hat, wird es sich zum guten Glück nicht erlauben, die Hand zu rücken. Mit dem Kopf durch die Wand rennen kann man in Paris nicht und anderswo auch nicht, zumal Europa als Schuldner von Amerika auf dessen guten Willen angewiesen ist. Jedenfalls muß dem Geiste des Locarno-Vertrages bei allen seinen Unternehmern mehr als bisher genügt werden.

Unsere Handelsbeziehungen mit dem Auslande liegen zeitweise sehr unruhig, bessern sich aber jetzt. Mit Frankreich steht ein Ausgleich bevor, auch die Polen, die es auf einen Zollkrieg und auf einen scharfen Konflikt wegen der deutschen Öpanien hatten ankommen lassen, zeigen Einsicht. Nach einem Besuch Nitzschers in Berlin wurde der deutsche Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen. Mit Italien und England sind Verträge abgeschlossen, mit Spanien kommen wir hoffentlich bald ins Weite.

Politische Gleichberechtigung nach außen und wirtschaftlicher Aufschwung im Innern sind unsere Ziele für 1926. Diesen Zielen kommen wir aber nicht mit leeren Schlagworten näher, sondern nur in harter Arbeit.

### Der steuerfreie Lohnbetrag.

Die Neuregelung ab 1. Januar.

Noch kurz vor Weihnachten hat der Reichstag das Gesetz zur Senkung der Lohnsteuer angenommen. Die Neuregelung des Steuerabzugs wird bereits am 1. Januar 1926 in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt an gelten folgende Bestimmungen:

Der bisherige steuerfreie Lohnbetrag von 960 RM. jährlich (80 RM. monatlich) ist mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab auf 1200 RM. jährlich (100 RM. monatlich), also um 240 RM. jährlich erhöht worden. Die Erhöhungen verteilen sich wie folgt:

Der steuerfreie Lohnbetrag im engeren Sinne wird von bisher 600 RM. jährlich (50 RM. monatlich) auf 720 RM. jährlich (60 RM. monatlich) und die Pauschale für Werbungskosten und Sonderleistungen werden von bisher je 180 RM. jährlich (15 RM. monatlich) auf je 240 RM. jährlich (20 RM. monatlich) erhöht.

Für die Berücksichtigung des Familienstandes findet wie bisher eine Verbindung des Systems der Prozentualen Ermäßigungen mit dem festen Abzüge statt. Bei den festen Abzügen für den Familienstand sind die Sätze für die Ehefrau und das erste bis dritte minderjährige Kind unverändert geblieben. Dagegen sind die festen Ermäßigungsätze für das vierte Kind von bisher 600 RM. jährlich (50 RM. monatlich) auf 720 RM. jährlich (60 RM. monatlich) und für das fünfte und die folgenden minderjährigen Kinder von bisher je 600 RM. jährlich (50 RM. monatlich) auf je 960 RM. jährlich (80 RM. monatlich) erhöht worden.

Die Arbeitgeber müssen sich schon jetzt auf die Änderungen einrichten, damit sie in der Lage sind, den Steuerbetrag vom 1. Januar 1926 ab richtig zu berechnen. Die Einzelheiten der Neuregelung ergeben sich aus dem Merkblatt, das bei den Finanzämtern demnächst unentgeltlich abgeholt werden kann. Weiter ist, wie schon zum 1. Oktober 1925, so auch dieses Mal eine Steuerabzugsabelle ausgearbeitet worden, aus der der Steuerabzug abgelesen werden kann. Sie kann ausschließlich durch die Reichsdruckerei, Berlin SW. 68, Draniensstraße 91, bezogen werden. Vorausbestellungen bei der Reichsdruckerei können schon jetzt gemacht werden. Die Preise für die Steuerabzugsabellen sind die gleichen wie bei der bisherigen Steuerabzugsabelle und ergeben sich im einzelnen aus dem Merkblatt.

### Politische Rundschau.

Berlin, den 28. Dezember 1925.

In Magdeburg hat nach schwerem Leiden, 69 Jahre alt, der frühere Landtagsabgeordnete Geh. Landesgerichtsrat a. D. Wilhelm Lorenzen. Von 1905 bis 1918 war er Mitglied der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages und gleichzeitig Vorredner des Provinzialausschusses der Partei in der Provinz Sachsen.

Die Änderung des Genossenschaftsgesetzes. Dem Reichstag ist eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zuzugang. Danach wird die Zahl der Mit-

glieder, bei deren Ueberschreitung die Generalversammlung in Form einer Vertreterversammlung abzuhalten ist, von 10 000 auf 3000 und die Mitgliederzahl, bei deren Ueberschreitung das Statut eine Vertreterversammlung einführen kann, von 3000 auf 1500 herabgesetzt.

Die Vertretung der Verkehrsinteressen im Reichswirtschaftsrat. Der Bund Deutscher Verkehrsvereine ist beim Reichswirtschaftsrat dahin vorläufig geworden, unter den vorgezeichneten vier Vertretern des Verkehrs auch einen Sitz dem Vertreter des Bundes Deutscher Verkehrsvereine als der Reichsspitzenorganisation des deutschen Verkehrs einzuräumen. Vom Reichswirtschaftsministerium wurde daraufhin mitgeteilt, daß die Referententwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zurzeit beraten würden. Man darf erwarten, daß der berechtigte Wunsch des Bundes Deutscher Verkehrsvereine einer eingehenden Prüfung unterzogen wird.

Notstandsmaßnahmen. Um den Gemeinden in den Gebieten, die besonders stark unter der Erwerbslosigkeit leiden, die Durchführung von Notstandsarbeiten zu erleichtern, hat das Reichsarbeitsministerium bestimmte Vorschläge ausgearbeitet, die die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden haben. Diese Vorschläge sind den Regierungen der Länder schon vor Weihnachten zugegangen, und sollen unmittelbar nach Neujahr mit ihnen in einer Konferenz besprochen und sofort in Kraft gesetzt werden. Es handelt sich dabei insbesondere um ein weitgehendes Entgegenkommen des Reichs und der Länder bei der Verzinsung und Tilgung der Darlehen, die aus Reichsmitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt werden.

Wegen Hochverrats verurteilt. In dem Hochverratsprozess gegen den kommunistischen Parteisekretär Ernst Bollmeier aus Kassel, der sich wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikanengesetz zu verantworten hatte, wurde der Angeklagte wegen Vergehens nach § 7 des Republikanengesetzes zu drei Jahren Gefängnis und 300 RM. Geldstrafe verurteilt. 1 Jahr 6 Monate und die Geldstrafe werden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

### Rundschau im Auslande.

Eine japanische Meldung aus Mukden besagt, daß der Hauptangriff Kuomintang gegen Fiangschifu gescheitert sei. Die Streitkräfte Kuomintang befinden sich zur Zeit auf dem Rückzug in Richtung auf Siaminfa.

Die französischen Verluste in Marotto.

Die Session des französischen Parlamentes ist am zweiten Weihnachtstage geschlossen worden. Bei der Beratung des Heereshaushalts verlas die Regierung die Verlustliste für Marotto; sie besagt: Getötet wurden 140 Offiziere, 2500 Mann, darunter 780 Franzosen; verwundet wurden 252 Offiziere, 7300 Mann, darunter 1800 Franzosen; vermißt werden 20 Offiziere und 1200 Mann, darunter 225 Franzosen.

Das unerlöste Korfito.

Die „Aea Nazionale“ bringt eine längere Zuschrift, in der die Aufregung der französischen Presse geschildert wird über das Verlangen einiger Kreise Italiens nach der Freilassung des Korfito. Die Zuschrift stellt fest, daß Korfito geographisch, ethnographisch und der Sprache nach zu Italien gehöre und politisch erst seit 186 Jahren zu Frankreich gehöre. Die Zuschrift belagt ferner, daß die Franzosen bei der Besprechung der italienischen Absichten auf Korfito keinen Grund hätten, Italien Unbilligkeit vorzuwerfen, weil Frankreich für sein früheres Eintreten zugunsten Italiens reichlich bezahlt worden sei durch Ersetzung von Provinzen und Abtretung zweier italienischer Provinzen und endlich, weil Italien ohne Entgelt Frankreich durch seine Neutralität und alsdann durch sein Eintreten in den Weltkrieg gerettet habe.

### Die Erwerbslosenfürsorge.

Die neuen Vorschläge der Reichsregierung.

Ueber die bereits vor einigen Tagen angekinderte Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge werden jetzt von amtlicher Seite nähere Angaben gemacht.

Danach ist im Reichsarbeitsministerium ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet worden, der die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge bezweckt.

Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung der Neuregelung zugestimmt. Der Gesetzesentwurf liegt dem Reichstag vor und wird dem Reichstag alsbald zur Beschlußfassung zugeleitet werden. Nach einem ebenfalls dem Reichstag bereits unterbreiteten Verordnungsentwurf sollen die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge grundsätzlich einheitlich für das Reichsgebiet bemessen werden und zum Teil in eine neu zu errichtende Reichsausgleichskasse fließen. Damit wird der in Krisenzeiten besonders nötige Ausgleich zwischen den unter- und überlerten Gebieten des Reiches herbeigeführt, und das Vertragsaufkommen so vollständig wie möglich zur Deckung des Fürsorgeaufwandes herangezogen. Schließlich sollen im Verordnungsweg die Befreiungen von der





